

Das deutsche Wahlergebnis ist schlecht für Polen!

„Die Verlierer triumphieren, die Sieger sind unzufrieden und die Deutschen wissen nicht, was sie wollen“

Reaktionen vor den polnischen Parlamentswahlen am Sonntag

Stephan Raabe
Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Warschau, 23. September 2005

In Polen ist das Ergebnis der Bundestagswahl mit Überraschung und in der politischen Öffentlichkeit überwiegend mit Bedauern aufgenommen worden. Allgemein hatte man einen Wahlsieg von Christdemokraten und Liberalen erwartet. Nicht nur bei den bürgerlichen Parteien, bei „Bürgerplattform“ (PO) und „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), sondern selbst bei den Linken verband man mit einer neuen Regierung unter der Kanzlerin Angela Merkel vor allem die Hoffnung auf eine neue Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Bei ihrem Besuch Mitte August in Warschau gewann **Angela Merkel** mit ihrem Hinweis Respekt, die deutsche und europäische Ostpolitik werde künftig stärker gemeinsam mit Polen gestaltet. In Polen erwartete man deshalb eine größere strategische Übereinstimmung in existentiellen außenpolitischen Fragen mit der neuen deutschen Regierung: eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses, mehr kritische Distanz gegenüber Moskau und eine bessere Abstimmung in der Ostpolitik der Europäischen Union. Auch hinsichtlich eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs Deutschlands, der in Polen in einem engen Zusammenhang mit den künftigen Entwicklungsperspektiven des eigenen Landes und Europas gesehen wird, traute man gemeinhin einer neuen Schwarz-Gelben Regierung mehr zu. Da war man sogar bereit, das emotional hoch aufgeladene Problem eines „Zentrums gegen Vertreibungen“, das im Wahlprogramm von CDU/CSU Erwähnung fand, etwas weiter hinten an zu stellen. Die meisten Politiker in Polen sind deshalb der Überzeugung, dass die von CDU/CSU und FDP nicht erreichte Mehrheit und die damit verbundene politische Unberechenbarkeit auch für Polen eher schlecht seien.

Insbesondere auf Seiten der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO), die partnerschaftlich mit der CDU/CSU verbunden ist, war die Enttäuschung groß. Ihr Vorsitzender, **Donald Tusk**, der Favorit für die Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober, war in letzter Zeit sowohl mit **Angela Merkel** in Warschau wie mit **Helmut Kohl** in Gnesen einträchtig aufgetreten und hatte auf ein konstruktives Zusammenspiel mit den deutschen Christdemokraten gesetzt. Noch am Wahltag hatte Tusk im polnischen Rundfunk gesagt: „Ein Wahlsieg Merkels würde einen spürbaren Fortschritt in den deutsch-polnischen Beziehungen bedeuten“. **Jan Rokita**, Fraktionschef der PO im Sejm und Kandidat für das Amt des Premierministers bewertete das Wahl-

ergebnis als „ganz schlimm“ und befürchtet weitere Stagnation in Deutschland. Für Polen sei es wichtig, dass es in Deutschland eine stabile Mehrheitsregierung gebe, die erstens die deutsche Wirtschaft belebe, zweitens die deutsch-amerikanischen Beziehungen verbessere und drittens die europäische Ostpolitik abstimme. „Solch ein Deutschland braucht Polen und damit sieht es leider nicht gut aus“. Der Präsidentschaftskandidat der konservativ-sozialen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), **Lech Kaczyński**, bedauerte ebenfalls die Situation: Die Hoffnungen, die er mit Angela Merkel verbunden habe, dass sie die Achse Paris-Berlin-Moskau auflöse, würden sich nun wohl kaum erfüllen. „Die einzige positive Folge für Polen ist die immer kleiner werdende Möglichkeit für den Bau des Zentrums gegen Vertreibungen.“

Befürchtungen für die polnischen Parlamentswahlen

Jetzt befürchtet man bei der PO ähnliche Abweichungen von den Wahlprognosen wie in Deutschland bei den eigenen **Parlamentswahlen am 25. September**, bei denen die PO laut aktueller Umfragen mit etwas über 30 Prozent (32/34 %) knapp vor dem potentiellen Koalitionspartner PiS mit rund 30 Prozent (29/30 %) führt. Die polnischen Linken und populistischen Strömungen könnten im letzten Moment noch Auftrieb erhalten. Dementsprechend interpretiert das postkommunistische „Bündnis der demokratischen Linken“ (SLD), das in den letzten vier Jahren die Regierung stellte und derzeit mit nur 4 - 7 Prozent gehandelt wird, das deutsche Ergebnis als eine gute Nachricht: Es sei ein Zeichen, dass die Wähler ihre Entscheidung erst im letzten Moment fällten. Der junge SLD-Chef **Olejniczak** bekundete seine Freude über „den Sieg Schröders“. Der noch amtierende und von den Linken getragene Premierminister **Marek Belka** sieht keinen Grund zur Unruhe. Diplomatisch äußerte er: „Unabhängig davon, wer Bundeskanzler sein wird, bleiben Polen und Deutschland strategische Partner, und ich glaube nicht, dass sich daran etwas ändern sollte, wenn schon, dann zum Besseren“.

Auch **Wladyslaw Bartoszewski**, Außenminister a.D. und ob seines Lebenslaufes eine anerkannte Autorität im Lande, sieht den „Stand der Dinge“ nicht so übel. Er meint, dass eine große Koalition von Christ- und Sozialdemokraten für Polen gar nicht schlecht sein müsse, da sie die Vorteile beider Gruppierungen verbinde. Die populistischen Parteien „**Selbstverteidigung**“ (11/12 %) und „**Liga der Polnischen Familien**“ (7/8 %), die mit Blick auf Moskau ebenfalls mit einer Kanzlerin Merkel liebäugelten, hielten sich mit Kommentaren zur Wahl in Deutschland zurück. Auch sie hoffen auf die Stimmen der noch unentschlossenen und der unzufriedenen Wähler. In Polen werden die Wahlen am Sonntag für manche Überraschung gut sein, wenngleich sich insgesamt eine klare Mehrheit für eine Regierung von PO und PiS abzeichnet. Entscheidend wird sein, wer von beiden die Nase vorne haben wird und ob beide zusammen eine Zweidrittel-Mehrheit erreichen, die Verfassungsänderungen möglich macht.

„Deutschland in der Patsche“

In den polnischen Medien war die deutsche Parlamentswahl am Wahltag das Hauptthema des Abends. Alle wichtigen Nachrichtensendungen sowohl bei dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen **TVP** als auch bei den kommerziellen Sendern **Polsat** und **TVN** brachten Beiträge. Dabei stand die Überraschung über den Ausgang der Wahlen und die Frage im Vordergrund, wie es

jetzt in Deutschland weiter gehen wird. Ebenso berichtete der **Polnischer Rundfunk** in allen Nachrichtensendungen von den Wahlen und die Presseagenturen meldeten die aktuellen Ergebnisse. Die Schlagzeilen am Montag nach der Wahl in den großen Tageszeitungen „**Gazeta Wyborcza**“ (GW) und „**Rzeczpospolita**“ (Rz) lauteten „Deutschland in der Patsche“ (GW), „Beide erklären sich zum Sieger“ (Rz). Allein die polnische Bild-Zeitung „**Fakt**“ titelte ganz klein auf Seite eins: „Die Ära Merkel kommt“; Aufmacher waren dagegen die letzten Worte des verstorbenen Heiligen Vaters. Auf Seite fünf heißt es dann: „Angela Merkel wird Kanzlerin. Die Führerin der Rechten gewinnt die Wahl. Gelingt ihr die Regierungsbildung?“

Die konservativere **Rzeczpospolita** sieht das Ergebnis als unerwartetes politisches Patt, das nur zwei wirkliche Gewinner habe, die FDP und die Linkspartei. Die Angst vor den Reformen habe gewonnen. Deutschland wolle keine grundsätzlichen Veränderungen. Jetzt wisse man nicht, ob die deutschen Regierungsflugzeuge auf dem Weg nach Moskau in Warschau zwischenlanden werden. Man könne sich jedoch freuen, dass unter den gegebenen Umständen der von der CDU/CSU befürwortete Bau des Zentrums gegen Vertreibungen wahrscheinlich kein Regierungsprojekt werde. Befürchtet wird, dass bei einer schwachen Regierung in Deutschland oder durch die Aussicht auf Neuwahlen viele Probleme in der EU ungelöst blieben, vor allem das Gemeinschaftsbudget, und Polen dabei am meisten verlieren werden.

Die liberale **Gazeta Wyborcza** hält Schröder für den eigentlichen Wahlsieger. Die Wahl habe aber gezeigt, dass das größte Land Europas vorerst nicht wisse, in welche Richtung es gehen soll. Deutschland ohne starke Regierung sei eine schlechte Nachricht für Europa. Für Polen bedeute das Unsicherheit in wichtigen Fragen – dem EU-Budget, der Politik gegenüber Russland und dem Zentrum gegen Vertreibungen.

Wer wird in Berlin regieren? Wahlanalyse der Adenauer-Stiftung

Mit großem Interesse wurde in den Medien die Wahlanalyse „**Von Schröder zu Merkel? Deutschland am Tag nach den Wahlen**“ aufgenommen, die die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit dem Willi-Brandt-Zentrum (WBZ) der Universität Breslau am Tag nach den Wahlen in Warschau veranstaltete. Anwesend waren Fernsehteams aller wichtigen Sender (TVN, TVN 24, Polsat, TVP2), Journalisten des Rundfunks und der Presseagenturen. In verschiedenen Medien wurden die wichtigsten Aussagen der Analysten des WBZ, Klaus Bachmann, Piotr Buras und Sebastian Płóciennik, des Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Polen, Konrad Schuller, sowie des Vertreters der KAS in Polen wiedergegeben. Schuller (FAZ) vertrat die Auffassung, dass Angela Merkel nach dem knappen Wahlsieg der Auftrag zur Regierungsbildung zukomme und dass sehr wohl eine Mehrheit für Reformen unter Einschluss der Grünen zustande kommen könne. Allerdings müssten die Parteien in der gegebenen Situation aus patriotischer Pflicht über ihren eigenen Schatten springen, um eine neue Koalitionskonstellation zu ermöglichen. Auch der Vertreter der KAS in Polen bezeichnete die so genannte „Jamaika-Koalition“ aus Christdemokraten, Liberalen und Grünen für eine gut mögliche Alternative nach dem unerwarteten Wahlausgang in Deutschland. Rot-Grün sei zwar klar abgewählt worden, Schwarz-Gelb habe jedoch auch keine Mehrheit bekommen. In dieser Situation sei der von CDU/CSU und FDP angestrebte Politikwechsel am ehesten mit

den Grünen als Partner möglich. Nach Meinung der Analysten des Willy Brandt Zentrums zeigt der Ausgang der Wahlen, dass es den Deutschen schwer fällt, sich zwischen radikalen Reformen und der Bewahrung des Status Quo zu entscheiden. Die Wahlerfolge, die die FDP als marktwirtschaftlich liberale Partei und die Linkspartei als Gegenpol erzielt hätten, wiesen auf eine Spaltung zwischen Reformanhängern und Reformgegner hin, erklärte der Politologe Piotr Buras. Sein Breslauer Kollege Bachmann erläuterte, dass es noch nie in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands so viele Möglichkeiten zur Koalitionsbildung gegeben habe, wie jetzt. In dieser vorher kaum vorausgesehenen Situation werde dem Bundespräsidenten eine besondere Rolle zukommen. Sebastian Płóciennik, Wirtschaftsexperte des WBZ wies auf die unterschiedlichen Vorstellungen im Bereich der Wirtschafts- und Reformpolitik zwischen den politischen Lagern hin. Er erwartet eine weitere Stagnation. „Es wird wahrscheinlich keine grundlegenden Reformen geben weder in einer Großen Koalition noch in irgendeiner multiparteilichen Koalition“. Dem widersprach wiederum Konrad Schuller, der die Grünen in mancher Hinsicht als Partei der Mitte durchaus für weitergehende Reformen offen sieht.

Es gibt Grund zur Beunruhigung

Auch am Dienstag, den 20. September war die Bundestagswahl wieder ein Schwerpunkt der Berichterstattung. In der **Rzeczpospolita** kommt der Deutschland-Experte **Marek Cichocki** vom Europa-Zentrum Natolin zu Wort, der die Patt-Situation als schlecht für Polen ansieht: „Wenn wir es mit einer Übergangskoalition zu tun haben werden, wird auch die Außenpolitik Deutschlands einen provisorischen Charakter haben. Die Aussicht, dass die neue polnische Regierung in Berlin einen starken Partner haben wird, ist heute gering. Das düsterste Szenario ist, dass im Rahmen eines Kompromisses zwischen SPD und CDU sowohl das Zentrum gegen Vertreibungen als auch die Ostseepipeline entstehen werden.“ Weiter auf Seite neun ein Kommentar von **Klaus Bachmann**: „Seit dem Wochenende ist Deutschland plötzlich unberechenbar und instabil. Es wird keine Wende in der Außenpolitik geben, alle werden sich auf die innenpolitischen Probleme konzentrieren. Die Verhandlungen zwischen den Parteien werden entweder eine reformunfähige Regierung hervorbringen oder mit Neuwahlen enden.“

„Wer wird in Berlin regieren?“, heißt die Frage auf der Titelseite der **Gazeta Wyborcza**. Auf Seite zehn folgt ein ausführlicher Bericht über die schwierigen Koalitionsverhandlungen und ein Interview mit dem Präsidenten der Batory-Stiftung, **Aleksander Smolar**, der als schlimmstes Szenario eine Reform-Blockade und eine Stärkung der extremen Parteien links und rechts sieht. Dies sei nicht gut für die Stabilität Deutschlands und Europas. „Es gibt Gründe, sich zu beunruhigen. Und das sollten wir unseren deutschen Freunden sagen.“

Am 21. September berichten GW und Rz über den Stand der Koalitionsüberlegungen. Laut Rz hat eine große Koalition die größten Chancen. In der links-liberalen Wochenzeitschrift **„Polityka“**, die mittwochs erscheint, schreibt **Adam Krzemiński**: „In Deutschland ist alles verkehrt, die Verlierer triumphieren, die Sieger sind unzufrieden und die Deutschen wissen nicht, was sie wollen. Da auch in Polen eine ganz neue politische Konstellation entsteht, erwartet uns eine Lehrphase. Neue Menschen, aber die alten Probleme.“